





# Den Kopf hoch!

Wir haben die Feste gefeiert, wie Sie fielen. Wir haben Weihnachten in Bescheidenheit, aber in alter Weise erlebt und sind in das neue Jahr mit Jubel und unbemerkter Freude gegangen. Gerade so, als ob etwas Schweres überwunden ward und der Schritt in die Zukunft Verheißung bedeutet. Nun beginnt der Ernst des Lebens, nun sind wir wieder mitten in der Arbeit, soweit wir überhaupt noch Arbeitsmöglichkeiten haben. Und am Anfang soll immer ein gutes Wort, ein guter Vorsatz stehen: Der Vorsatz möge gelten: Den Kopf hoch! Dieser Satz hörte man im Radio, sicherlich hatten sich viele eingeschaltet, eine Uebertagung aus Düsseldorf und am Schluss dieser unterhaltenden, fröhlichen Feier, mahnte der Sprecher des Abends: Den Kopf hoch, aufrecht allen Stützen zum Trost in das neue Jahr zu gehen. Er hat das richtige Wort gefunden. Die lustige große Gesellschaft schwebte lange still, und als er sich nach seiner Mahnung, seinem guten Rat verabschiedete, da sollte man ihm Beifall. Man begriff: Ja, der Kopf müsse hoch getragen werden, wenn man sich nicht unterkriegen lassen wolle, man müsse aufrecht gehen, wenn man nicht schwach werden will. Wir sind zu sehr ins Schleichen, so viel ins Vamenieren, zu stark in Unzufriedenheit gekommen. Wir sind mühsam, träge, gleichgültig geworden. Wir sind andere Menschen wie früher und lassen uns zu sehr gehen. Deshalb ist es ganz richtig, zu verlangen, rufe Dich zusammen, dem Mutigen gehört die Welt. Der Jagaffe, der Hweifelnde, der zu Bescheidende, der sich Dudenbe, sie alle geben ja anderen den Weg frei, die den Kopf hoch tragen und sich deshalb kräftiger dünken. An die Arbeit mit neuem Vertrauen: das ist das große Wort, das heute auch wirkliche Führer sprechen. Wir kommen nicht weiter mit Vorgehen und ewiger Unzufriedenheit, mit den Händen in den Schoß legen und auf eine bessere Zeit warten. Die bessere Zeit zu schaffen, müssen wir alle beitragen. Und wir können es. Was ist nicht schon an Unheil über Deutschland hereingebrochen, und doch hat sich das deutsche Volk immer aus tieferer Not zu neuer Höhe und auch zu gelegentlich Wohlstande herausarbeiten können. Freilich: früher einmal mögen die Gegenstände nicht so stark gewesen sein, wie heute, früher haben die Notzeiten die Einigkeit der Menschen gefordert und gefördert. Heute ist jeder Versuch, das gesamte Volk einig zu machen im Kampfe gegen die bittere Zeit, vergeblich. Das soll aber den einzelnen nicht hindern, ans Lagerwerk zu gehen mit einer robusten Entschlossenheit und sich zu sagen: ich lasse mich nicht unterkriegen, ich werde es schaffen. Nicht immer macht es der Wille, nicht immer die Tapferkeit, aber in sehr, sehr vielen Fällen hilft doch das Selbstbewußtsein über schwere Zeiten hinweg und ein Kopf hoch tragen, eine aufrechte Haltung ist der äußere Eindruck eines kampfbereiten Menschen. Seien wir also kampfbereit, gehen wir ins neue Jahr mit dem Willen, es uns nach unserem Willen zu meistern, denn noch immer gilt der alte Spruch: Jeder ist seines Glückes Schmied!

## Keine besondere Rürzung der Pensionen in Sachsen

Dresden, 6. Januar.

Von der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei wird mitgeteilt:

Unter der Ueberschrift „Die Pensionen gekürzt! Sachsen legt Ruhegehalt, Witwen- und Waisengeld herab“ stellt der „Freiheitstempel“ an der Spitze seiner Montagsummer die Behauptung auf, die Sächsische Regierung habe, nachdem die Pension der sächsischen Beamten bereits in der sächsischen Sparverordnung vom 21. September 1931 von 80 auf 75 v. H. herabgesetzt worden sei, nunmehr die Versorgungsgebühren der sächsischen Beamten „außerhalb der Bestimmungen durch das Reich“ durchweg herabgesetzt.

Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß die von der Sächsischen Regierung lediglich erlassene Bekanntmachung über Pensionierung lediglich diejenigen Vorschriften über Rürzung von Versorgungsbezügen der sächsischen Beamten enthält, die bereits durch die dritte Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Oktober 1931 angeordnet worden sind und die nach dieser Verordnung vom 1. Januar 1932 an in Kraft gesetzt werden mußten. Eine allgemeine Rürzung der sächsischen Pensionen über die Vorschriften des Reiches hinaus ist nicht angeordnet worden. Die Behauptung des „Freiheitstempel“ ist also unrichtig und seine Angriffe gegen die Regierung ungerechtfertigt.

## Vertliches und Sächsisches.

Riesa, den 6. Januar 1932.

Wettervorhersage für den 7. Januar. Mitgeteilt von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden. Wechselnd, meist stark bewölkt und zeitweise Niederschläge, am Anfang noch mild, im späteren Verlauf vorwiegend Temperaturrückgang, dabei im Flachland und in unteren Nebelstagen vorläufig noch Wärmegrade, frische, in freien Nebelstagen auch hürmliche Winde aus westlichen Richtungen, kurze Temperaturrückgänge für das Wochenende im Bereich der Mäßigkeit.

Daten für den 7. Januar 1932. Sonnenaufgang 8.04 Uhr. Sonnenuntergang 16.08 Uhr. Mondaufgang 8.21 Uhr. Monduntergang 14.59 Uhr. 785: Der Sachsenbergog Wibusind getauft. 1881: Reichsstatthalter Heinrich v. Stephan, der Gründer des Weltpostvereins, in Stels in Vommern geb. (gest. 1879). 1845: Der ehemalige König Ludwig III. von Bayern in München geb. (gest. 1921).

Die Elbe steigt weiter. Die Elbe steigt flüßlich weiter und hatte heute vormittag einen Stand von plus 176 Zentimetern erreicht. Der Strom geht wieder in imposanter Breite, die Weisen überflutend, durch die Elbbrücken. Auch die Räder führt starkes Hochwasser. Im Gottleuba wie im Müglitzale toben gewaltige Wassermassen zu Tal. Doch scheint die unmittelbare Gefahr jetzt überall überwunden zu sein.

Verbilligung von Kohle für die Hilfsbedürftige Bevölkerung in Riesa. Wir verweisen hiermit auf die diesbezügliche Bekanntmachung im vorliegenden amtlichen Teile.

Warnung für junge Männer. (Vollgeblüht.) Am 6. 1. 32 gegen 14 Uhr n. hat ein Mann auf der hiesigen Hauptstraße einen Rehring angeprochen und diesen nach vorherigen Ausfragen nach seinen persönlichen Verhältnissen zu homosexuellen Handlungen gewinnen wollen. Der Mann wurde wie folgt beschrieben: 30-35 Jahre alt, etwa 1,70 groß, volles Gesicht, bartlos, untaffert, mit blauer Kappmütze und grüner Wintermütze bekleidet. Er soll eine Brille mit Horngehül getragen und ein Fahrrad bei sich geführt haben. — Gestohlen wurde am 31. 12. 31 zwischen 12.15 bis 18.45 Uhr nachm. auf der Hauptstraße vor dem Grundstück 40 ein Goldrenner,

Marke „Hörde“ Nr. 900 880, mit graugrünem Rahmen mit blauem Sternkopf, gleichfarbigem Ausschläger, neuer roter Feder-Beschriftung und Kennzeichen mit roten Gummirollen. — Goddenische Mittelungen hierüber werden nach dem Kriminalpolizei erbeten.

Geschäftsübikum. Herr Oskar Thesdor Radler, Hauptstr. 82, begeh morgen, am 7. d. M., das 25jährige Geschäftsübikum. — Mit emblemen hiermit dem geschiedenen Jubilar herzlichsten Glückwunsch.

Öffentliche Versammlung. Die Ortsgruppe Riesa des Sparverbandes ladet im Anzeigenteile zu einer öffentlichen Versammlung ein. Am morgen abend in der „Elbterrasse“ stattfindet.

Eine empfindliche Störung in der elektrischen Anlage trat gestern in der 6. Wohnstraße ein. Als Ursache dürfte eine vorübergehende Ueberlastung einer Niederspannungsleitung anzunehmen sein. Die Störung, die besonders in den betroffenen Geschäften nachteilig empfunden wurde, konnte in verhältnismäßig kurzer Zeit behoben werden. Da die unretwillige Unterbrechung der Stromzufuhr nur eine zeitlich begrenzte war, konnte man beobachten, daß ein Raum plötzlich unbelichtet war, während die benachbarten Räume in hellem Licht erstrahlten.

Deutscher Werkmeister-Verband. Ortsverein Riesa-Gröba. Die am 2. 1. 32 abgehaltene Jahreshauptversammlung brachte ein beachtenswertes Bild über Mitgliederbewegung und Stand des Ortsvereins. Am meisten hatten jedoch die älteren Kollegen unter der Wirtschaftskrise zu leiden. Der Deutsche Werkmeister-Verband ist aber immer noch in der Lage, hellen und in der Not geratene Kollegen zu unterstützen. Im Jahre 1931 konnte der Ortsverein Riesa-Gröba nachfolgende Unterstützungen zur Auszahlung bringen: An Stellenlose 204.— RM., Rotkragen 48.— RM., Invaliden 915.— RM., und Weihnachtsgeld an Stellenlose und bedürftige Invaliden und Witwen 400.— RM. Die ges. Aufwendung betrug also 884.— RM. Aus diesem kurzen Auschnitt kann man entnehmen, daß diese Unterstützung jedem Werkmeister nur von Nutzen ist und es bewahrt sich immer wieder das Wort: „Einer für alle und alle für einen“.

Gegen Schulgelddrückung. Das Landespartei-Sachien des Deutschen Beamtenbundes hat auf Antrag des Sächsischen Gemeindevorstandes-Bundes beschloffen, mündlich und schriftlich gegen Einführung von Schulgeld für die Schüler der höheren Abteilungen an den Volksschulen und der Volkshäuser der Berufsschule und gegen die Erhöhung des Schulgeldes für die höheren Schulen bei der Staatsregierung vorzugehen zu werden.

Arbeitsratung der Schulgruppenleiter des Landesverbandes Sachsen im VDA. Im Grenzlandheim des Vereins für das Deutschtum im Auslande, dem Margarete Cronau-Heim in Schellerhaus, versammelten sich am 3. und 4. Januar die Schulgruppenleiter des VDA zu einer stark besuchten Tagung. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Vortrag des 1. Vorsitzenden des Schulgruppenverbandes, Stubertat Durach-Dresden, über „Jugendarbeit im Rahmen völkischer Zielsetzung“. Der Redner forderte keine Ublehr vom politischen Leben, sondern die Anwendung zu dem Belantritt des mitteleuropäischen Ziels unter deutscher Wirtschaftsführung, weil darin auch das Problem der Auslandsdeutschen am sichersten gelöst werde. Für Sachsen forderte der Redner eine Bekräftigung der Gruppenarbeit auf die sächsisch-böhmische Grenzlandarbeit und eine völlige Erneuerung der Jungführerschaft. — Aus den Arbeitsberichten der Führer aus allen Erdbunden Sachsen war zu entnehmen, daß trotz aller wirtschaftlicher Not die Arbeit des VDA nicht ins Stoden geraten ist, ja, daß gerade die deutsche Not auch unter der Jugend das Verständnis für die auslandsdeutsche Arbeit noch stärker geweckt habe. Zu der Tagung waren auch zahlreiche Jugendgruppen, darunter solche aus Bessarabien, Jugoslawien und Polen, nach Schellerhaus gekommen.

Wirksame Mietsenkung auch für Neubauten vom Gewerkschaftsring gefordert. In einer längeren, ausführlich begründeten Eingabe wendete sich der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände an das Reichsarbeitsministerium und das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt, um eine entsprechende Mietsenkung wie für die Inhaber von Altmwohnungen durch die letzte Notverordnung auch für Neubauten zu erzielen, die durch die verordneten Gehalts- und Lohnherabsetzungen ja mit gleicher Strenge getroffen werden wie jene. Vorgeklagt werden, da durch Herabsetzung der Mieten für Neubauten gänzlich falls nur eine sehr geringfügige Verbilligung erzielt werden kann, u. a. eine teilweise Herabsetzung oder Streichung der Verzinsungs- und Tilgungsraten der Hausinschuldnerhypothen und gänzlicher oder teilweiser Erlass der Grundvermögenssteuern. — Auch wird darauf hingewiesen, daß das Luherkrafttreten des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzes zu einem Zeitpunkt, an dem Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt noch keineswegs gesichert sind, für die Arbeitnehmer nur dann tragbar sein kann, wenn das angeklagte Sozialmietrecht tatsächlich eingeführt ist.

Preisänderungen und Preisverhältnisse. Das Wirtschaftsministerium hat in den Städten den Stadträten im übrigen den Amtshauptmannschaften die Befugnisse im Sinne von Kap. IV der Verordnung über Preisänderungen und Preisverhältnisse vom 17. v. M. übertragen. Sie haben im Einzelnen die erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Gegen die Ausnützung der Angestellten-Vericherung durch nebenberuflich Beschäftigte hatte der Gewerkschaftsbund der Angestellten ebenfalls mehrfach in Eingaben und Veröffentlichungen Stellung genommen. — Auch hier sind nunmehr durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministers die größten Gefahren beseitigt worden dadurch, daß in Zukunft als geringfügiges, keine Versicherungsbeiträge begründendes Entgelt für nebenberufliche Beschäftigung Monatsbeträge bis einschließlich 100 RM. angesehen werden.

Volksstrauertag 1932. Der Ausschuss für die Festlegung eines Volksstrauertages hat in seiner letzten Sitzung einstimmig beschloffen, den Volksstrauertag in Deutschland und den deutschen Auslandsgemeinden zum Andenken an die im Weltkrieg Gefallenen auch im Jahre 1932 am 5. Sonntag vor Ostern, „Reminiszere“, also am 21. Februar, in gleicher Weise wie in den Vorjahren zu feiern. — In der Sitzung ist auch über die Absicht der preussischen Regierung, den Totensonntag für Preußen zum Volksstrauertag zu bestimmen, diskutiert worden. Es ist dabei nicht eine Stimme für den Totensonntag laut geworden. Sämtliche Vertreter sprachen sich einstimmig für den Sonntag Reminiszere aus.

Wenn liegt stillschweigender Bericht auf Tariflohn vor? In einem Urteil des Reichsarbeitsgerichts heißt es: „Daß die Tariflohnsetzung eine stillschweigende Erklärung des Besichtigten auf tarifmäßige Besetzung darin erblickt, daß der Arbeitnehmer jeweils das nicht dem Tarif entsprechende Gehalt angenommen hat, ohne der zuständigen Stelle gegenüber zu erklären, daß er Tariflohn beansprucht, so daß der Arbeitgeber aus den gesamten Umständen nach Lohn und Gehalt zu der Annahme berechtigt gewesen sei, daß der Arbeitnehmer mit dem gezahlten Gehalt zufrieden sei und keine Nachforderungen stellen werde, so sind diese Bestellungen, sowie die weitere Feststellung, daß der Arbeitnehmer nicht unter einem wirtschaftlichen Druck

gehandelt habe, tatsächlicher Natur und wenn von einem ersichtlichen Rechtsirrtum nicht beeinflusst, für das Revisionsgericht bindend.“ — Das Reichsarbeitsgericht stellt damit fest, daß die Frage, ob durch stillschweigende Willensbetätigung selbst eine Besetzung auf den Tariflohn zulässig genommen ist, eine reine Tatsache im einzelnen Fall ist. Das Reichsarbeitsgericht hat in diesem Falle den stillschweigenden Bericht darin erblickt, daß die Klägerin, eine Bankangestellte, niemals das nicht dem Tariflohn entsprechende Gehalt angenommen hat, ohne der zuständigen Stelle gegenüber zu erklären, daß sie Tariflohn beansprucht. Das Reichsarbeitsgericht hatte ferner zu prüfen, ob die Klägerin unter wirtschaftlichem Druck stand, d. h. ob sie ihre Ansprüche nicht zu stellen wagte, weil sie sonst befürchten mußte, entlassen zu werden. Hierzu hatte das Reichsarbeitsgericht erklärt, es fehle jeder Anhalt dafür, daß der Klägerin bei einem entsprechenden Verlangen von Tariflohn gekündigt worden wäre. Ebenfalls sei anzunehmen, daß die Klägerin eine solche Folge befürchtet habe. Sie habe jede Rürzung der Frage, ob ihre Entlassung drohe, unterlassen, einmal sogar selbst gekündigt, ohne Ansprüche wegen Tariflohn zu stellen.

Rödera. Am 5. Januar 1932 fand im „Waldfriedhof“ Rödera die 28. Generalversammlung der Schweinevereins Riesa-Gröba-Heilbrunn-Bromnitz und Moritz statt. Der Vorsitzende, Herr Oertner, gab einen Ueberblick des Vereins im Jahre 1931. Die Mitgliederzahl betrug im vorangegangenen Jahre 321 Mitglieder mit 482 Schweinen. Statistiken haben 1 Halbjahresversammlung, 4 Vorstandssitzungen sowie 2 Bezirksversammlungen. Durch den Verein wurden 53 frische Schweine behandelt. In 16 Fällen wurde Rosschinken beantragt, 12 Mittelstücke wurden für verendete Schweine, 6 Mittelstücke für verendete Teile entgeltlich. Herr Frau Schmieder, Heilbrunn, gab als dritter Vertrauensmann Bericht über seine Tätigkeit. Der Kassierer, Herr Robert Kern, Rödera, berichtete über den Kassierstand. Nach demselben betragen die Einnahmen 853,08 Mt., die Ausgaben 778,60 Mt. Mitbin verbleibt ein Kassierstand von 74,48 Mt. Die einzelnen Belege wurden den Mittelstücken bekannt gegeben. Als Kassierbericht Herr Kern, daß die Kasse sich in bester Ordnung befindet und stellt den Antrag auf Entlastung; dem wurde einstimmig Kartagabe. Der Vorsitzende dankt Herrn Kern für seine mühsame Arbeit. Als Delegierter zu den Bezirksversammlungen in Riesa berichtet Herr Diez. Auf Antrag des Gesamtvorstandes wird das Umlageverhältnis weiter beibehalten, 90 Prozent der Dresdner Montags-Schlachthofberichte werden als Entschädigung gezahlt. An Steuern wurden pro Schwein 1.— Mark erhoben. Laut Beschluß des Vereins wird das diesjährige Impfen aus Vereinsmitteln befristet. Laut Beschluß der Versammlung soll das diesjährige Impfen von Herrn Alexander Casparis ausgeführt werden.

Zeitungs-Lager. Es wird und besteht: Die Ortsgruppe Heilbrunn-Bromnitz der NSDAP. hatte am 4. Jan. 1932 die Frauen zu einer Versammlung eingeladen. Dieser Einladung waren sehr viele gefolgt. Ein Zeichen dafür, daß auch in diesem einst so roten Lager die Frauen mitkämpfen wollen für das neue Reich, kämpfen wollen um die deutsche Volkseinkunft. Trotz des schlechten Wetters waren auch Frauen aus Dorf Heilbrunn erschienen. Zu dieser Versammlung war als Rednerin Frau Helene Schulzmann, Rödera, gewonnen worden. Sie sprach in ganz ausgezeichneter, die Zuhörer durch die Themen: „Deutsche Frauen — Deutsche Zukunft. Die Nationalsozialistische Frauenbewegung“ zu fesseln. Sie führte etwa folgendes aus: Die deutsche Frau ist mitbestimmend im kommenden dritten Reich. Nicht etwa, daß sie politisch eine Rolle spielen soll, nein, sie ist dazu berufen, den Mann, der im Kampfe steht, mit Liebe zu umgeben, daß er nach harter Arbeit im trauten Heim seine Erholung findet. So sagte weiter: „Wenn ich von Hause gehe, bin ich betrübt, fühle ich zurück und sehr von ferne meinen Tätigkeiten bin ich hochbeglückt.“ Die Frau muß das deutsche Familienleben hegen und pflegen. Die Erziehung der Kinder muß ihr am nächsten liegen. Sie muß das Gie und Gie dem Kinde in die Seele legen, den Opferwillen, die Nächstenliebe und den Glauben an Gott. Das ist die heiligste Aufgabe der Frau, für das neue Deutschland ganz unentbehrlich. Dem deutschen Familienleben stellte die Rednerin das jüdische Familienleben gegenüber. Die deutsche Frau ist und muß unantastbar bleiben. Der Jude heiratet nur, wenn seine finanzielle Lage gut ist, aber er durch eine Deitrat diese gut stellen oder verbessern kann. Dem jüdischen Kinde wird schon früh der Begriff Geld und Geldverdienen gelehrt. Das verlehrt die Seele des Kindes, und was man von einem Juden zu erwarten hat, das muß ja nun schon ein jeder Deutscher wissen. So erlagen wir auch im Weltkrieg den jüdischen Schlingen. Der Jude hat gewählt, die deutschen Kirchen zertrümmert und den Glauben an Gott in der deutschen Volkseinkunft zerstückelt. Das er aber nicht alles Religiöse zerstückelt konnte, verdanken wir der deutschen Frau. Deutsche Frauen, erzieht eure Kinder im Glauben an Gott, daß sie dann als edle deutsche Männer und Frauen bestehen können zur Erhaltung des Vaterlandes, der deutschen Familie und der Religion. Deutsche Frauen, ihr seid die Träger des deutschen Familienlebens, der Religion. Um die deutschen Frauen fester zusammenzuschließen, wurden die nationalsozialistischen Frauenvereine geschaffen. Sie sollen das vortreffliche Beispiel der deutschen Frauen und die Gedanken unter den Frauen verbreiten und vertiefen. Große Aufgaben sind es, die die Frauen im dritten Reich zu erfüllen haben. Die hauswirtschaftliche und wirtschaftliche, die geistige und kulturelle Erziehung der Kinder liegt ihr ob. Damit ist nicht gesagt, daß alle Mütter nun wieder Strümpfe stricken müssen, nein, auch im dritten Reich werden die Bezüge für die Frau vorhanden sein. Jetzt gilt es, erst für die Männer im Kampfe zu sorgen, sie zu pflegen. Da müssen Nahrungsmitel, Bekleidungsstücke usw. herangeschafft werden für die Erwerbslosen und die Armen. In den größeren Städten wird das Essen zubereitet und an die Erwerbslosen verteilt. So gibt es für die deutsche Frau genug Arbeit, wo sie wolle damit erfreuen kann, und sie hat selbst Freude an dieser großen, segensreichen Arbeit, für das Deutschtum, für das Christentum, für die Erziehung der deutschen Kinder im Sinne unseres Führers Adolf Hitler! Das macht die Frau wieder groß und hür für die Deutsche Nation. — Als die Rednerin beendet hatte, erfolgte die Bildung einer nationalsozialistischen Frauenbewegung der Ortsgruppe Heilbrunn-Bromnitz der NSDAP.

Ordnung. Die Jahna idwoll durch das plöblich einsetzende Laumetter und den anhaltenden Regen erheblich an, jedoch ist es nicht so schlimm, wie die vergangenen Jahre. Die Schützen an der Mischen Rühle in Ortrau brauchen nicht gezogen zu werden.

Großendain. Hohes Alter. Frau Anna verw. Thiele in Bahls konnte am gestrigen Tage auf ein biblisches Alter Rückschau halten. Sie wurde am 5. Jan. 1845 in Waldmannsdorf geboren und vollendete somit ihr 87. Lebensjahr. Frau Thiele ist die Schwiegermutter des Herrn Oberbaumeister Ortha in Bahls.

Großendain. Das Hochwasser der Elbe ist seit Montag noch wesentlich gestiegen, so daß gestern der Gerberdamm bis etwa zum Wellandischen Grundstück überflutet war. Aus diesem Grunde wurde in den betroffenen Erdgeschosswohnungen geräumt. Auch im Stadtpart, besonders in den neuen Teilen derselben, sind viele Flächen von der Ueberflutung betroffen, u. a. Reht auch der Sportplatz auf der Salmoleis großenteils unter



Wasser. Obwohl vom Hebeburger Vogel ein Haken des Wasserstandes gemeldet ist, dauerte hier am Orte das annehmen, daß der Höhepunkt der Ueberschwemmung erreicht ist, falls nicht wieder Regenfälle einfallen. Die Zahl der Einwohner von Großbarm ein schließlich des Ortsteiles Witzth und der beiden Rittergüter Rautendorf und Wilschleben belief sich Ende des Jahres 1881 auf 13448. (Im Wege der Fortsetzung ersucht.)

**Rathenbrosda.** Am Montag früh wurde auf dem Fahrpferd in der Nähe der Eisenstraße die Leiche eines Mannes, der sich vom Ausen hatte überfahren lassen, aufgefunden. Die Leiche lag um einen 40 Jahre alten Bauarbeiter aus Rathenbrosda. Die Gründe des Selbstmordes sind unbekannt.

**Dresden.** Brand in der Landesversicherungsanstalt. Am Dienstag vormittag wurde im Altenstadt der Landesversicherungsanstalt ein Brand bemerkt, der bereits eine Holzdeckungsanlage ergriffen hatte. Das Feuer wurde bis zum Eintreffen der Feuerwehr von Angehörigen der Landesversicherungsanstalt mit dem vorhandenen kleinen Löscher bekämpft. Der entstandene Schaden ist unbedeutend. Einige Aktien sind beschädigt worden.

**Dresden.** Ueblicher Tod am Spielisch. In einem kleinen Café wurde gestern nachmittags ein Rentner am Herztode plötzlich von Verschlagen betroffen, der seinen sofortigen Tod herbeiführte.

**Dresden.** Der Herr Kolke. In den letzten Tagen sprach ein Unbekannter bei mehreren hiesigen Reichensherren und Malern vor, bezeichnete sich als Kolke und hat um Geldunterstützungen, da er auf Reisen und unentgeltlich in Geldverlegenheit sei. Nach den bisherigen Verhandlungen handelt es sich um einen Betrüger. Er redet in mittleren Jahren und spricht norddeutschen Dialekt.

**Dresden.** 25jähriges Jubiläum. Zu Beginn des Jahres 1882 konnte Stadtrat Dr. jur. Krumbiegel sein 25jähriges Jubiläum als belobtes Ratsmitglied im Dienste der Stadt Dresden begehen.

**Dresden.** Todesopfer des Blattes. Am Sonntag morgen starb infolge des Blattes der auf der Ritzschstraße wohnhafte Kaufmann Zwicker so unglücklich, daß er jetzt den Folgen des Sturzes erlag.

**Freital.** Tödlicher Verkehrsunfall. In einem Schmelzwerk der Sächsischen Gußstahlfabrik W. G. Böhlen ereignete sich Montag der 4. d. d. ein verheerendes Feuer. Ein Arbeiter tödtlich bei Dichtungsarbeiten an einer Saugpumpe, wobei er wahrscheinlich stiftenden Gasen zum Opfer gefallen ist. Die sofort eingeleiteten Wiederbelebungsvorkehrungen waren erfolglos.

**Freital.** Die Stadt Freital unterstützt mehr Erwerbslose als das Arbeitsamt! Am 31. Dezember 1881 wurden in der Stadt Freital vom Arbeitsamt Freital in der Arbeitslosenversicherung 1250 Parteien und in der Eisenfänger 1370 Parteien, insgesamt 2620 unterstützt. Demgegenüber mußte die Stadt Freital am gleichen Tage 2666 Parteien Wohlthätigkeitsvereine betreuen. Außerdem muß sie zur Eisenfänger 20 Prozent beisteuern. Die gemeindliche Erwerbslosenfürsorge hat damit das Arbeitsamt um 333 Parteien überflügelt. In den nächsten Wochen wird sich das Verhältnis noch weiter zungunsten der Stadt Freital verschleppen. Diese Zahlen zeigen deutlich die Beschränkung der Forderung des Deutschen Städteverbandes nach einer einheitlichen Reichsarbeitslosenfürsorge.

**Geidenau.** Sieben Koffer voll Waren gestohlen. In einem hiesigen Warenhaus waren während der Nacht sieben Koffer mit Waren gestohlen worden. Die Diebe haben sich die Koffer entnommen und sind mit den Waren entflohen. Die Waren sind zum Abtransport ihrer Deute müssen sie sich eines Fahrganges bedienen haben; bisher fehlt noch jede Spur von den Tätern.

**Dippoldswalde.** Falsche Fälschungsstücke. Am Sonntag nachmittag sind hier zwei junge Burden aufgetreten, die in Geschäften Kleinigkeiten einkauften, falsche Fälschungsstücke in Zahlung gaben und sich den Rest herausgeben ließen. Einer der beiden handelte sich um die Geschäfte Schmeitz, während der andere die Laden betrat und das Fassgeld an den Mann zu bringen suchte. Soweit festgestellt werden konnte, ist den Burden in 13 Fällen ihr Verbrechen gelungen. In einigen Fällen blieb es beim Verzuge, da die Geschäfte den Ladenbesitzern verdächtig vorliefen. Die Burden konnten noch nicht gefaßt werden.

**Silberberg.** Ungebetene Gäste werden abgehoben. Ein Zug von etwa 25 Stückern, die auf fünf der bekannten Wagen das Land durchkreuzt hatten, kam am Montag durch Silberberg. Befand sich aber in für die Einwohner sehr beruhigender Begleitung: Gendarmen patrouillierten auf den beschützten Bettler und Langhauer auf, so daß sie ihrem üblichen Gewerbe nicht nachgehen konnten. Sie werden über die Grenze hin abgehoben werden.

**Leipzig.** Unregelmäßigkeiten bei einer öffentlichen Gemeinde-Veranstaltung. Die Unregelmäßigkeiten bei der Veranstaltung der Gemeindevorstände bei der Sitzung am 18. August v. J. vom Schöffengericht hiedort wegen Weilsie zur Unterzue zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er in seiner Eigenschaft als Kassierer der Gemeinde durch allerlei Fälschungen die Kassieren

Handlungen seines Vorgesetzten, wesentlich unterstellt hatte. Diese Manipulationen des Kassierers waren, so sagt das Schöffengericht, unbillig gewesen, wenn man nicht annehmen dürfte, die Unterzeichnungsarbeiten des Kassierers zu unterstellen. Dieser Auffassung ist auch das Schöffengericht zugestimmt, denn es hat die Sprungurtheile des Angeklagten als unbedeutend verworfen.

**Leipzig.** Dandels-Schule. Die Privatbesitzerin Dr. Paul Dandels und Dr. Carl Thalheim sind unter Beihilfe des hiesigen Ministeriums für Volkserziehung zu nicht allzu billigen außerordentlichen Professoren ernannt worden.

**Leipzig.** Gerüststurz beim Bau einer Passage. Beim Bau der Passage Petersstraße-Wart im Königshaus stürzte am Montag nachmittag ein Baugerüst ein, wobei zwei Arbeiter in die Tiefe gerissen wurden. Einer der Verunglückten mußte dem Krankenhaus zugeführt werden. Sein Arbeitskollege kam ohne nennenswerten Schaden davon.

**Leipzig.** Auf dem Heimweg tödtlich verunglückt. Beim Überfahren von einem durch den Bahnhof Laucha fahrenden Güterzug geriet der Bahnarbeiter Reinhold Richter aus Leipzig unter die Räder eines Wagens und wurde tödtlich überfahren. Richter war bei Gleisarbeiten zwischen Jesevitz und Eisenburg beschäftigt und wollte nicht auf den erst später verkehrenden Güterzug warten. Er benutzte den Güterzug und wollte in Laucha absteigen, um von dort mit dem jahresplanmäßigen Personenzug nach Leipzig weiterzufahren. Beim Übersteigen von dem mit etwa 50 bis 60 Kilometer Geschwindigkeit fahrenden Güterzug blieb Richter verunglückt mit einem Kleidungsstück hängen, wurde ca. 20 Meter mitgeschleift, unter die Räder geschleudert und tödtlich überfahren.

# Neu bestellungen

auf das

## Rieser Tageblatt

für

### Januar

nehmen noch an alle Zeitungsaufträge und zur Vermittelung an die die Tageblatt-Geschäftsstelle, Riesa, nur Weststr. 59. Telefon Nr. 20.

**Hohenstein-Ernstthal.** Einweisung des neuen Bürgermeisters. Am Montag mittag 1/12 Uhr erfolgte im Stadtparochienhaus vor geladenem Kreise die feierliche Einweisung des neuen Bürgermeisters unserer Stadt, Dr. Wagner, durch Kreisauptmann Dr. Grille (Chemnitz), der betonte, daß Dr. Wagner der Stadt ein tüchtiger und erfahrener Jurist und eines gewissenhaften Verwaltungsmannes voraussetze. Stadtbürgermeistervorsteher Wittberling bemerkte, daß die Stadtbürgermeister glaubten, in Dr. Wagner den richtigen Nachfolger des in Ruhestand getretenen bisherigen Bürgermeisters Dr. Vog gefunden zu haben. Dr. Wagner dankte für den freundlichen Empfang und entwickelte sodann sein Programm für Hohenstein-Ernstthal und bat um vertrauensvolle Mitarbeit der Beamtenschaft und der beiden Kollegien.

**Ringenthal.** Die Hochwasserfluten. Das Hochwasser im Ringenthaler Bezirk ist in der Nacht zum Sonntag gekommen. Stellenweise ist bereits ein geringer Abgang eingetreten. Als in der Nacht der Regen etwas abhörte, war die Hauptgefahr beiseite. Durch die unsere Schwanenberger Straße in Ringenthal fließt noch immer ein dritter Bach, der die Straße meterweise aufschwemmt hat. In einem Stellung über der Bergstraße löste sich ein gewaltiges Felsenstück und schrammte zu Tal. Es traf ein in der Bergstraße lebendes Haus und drückte die Hinter- und Vorderwand ein. Von dem durch das Haus hindurch fließenden Erd- und Wassermaßen wurde fast die gesamte Einrichtung vernichtet.

**Rositz.** Wegen Arbeitslosigkeit den Tod erlitten. Am Montag nachmittag warf sich zwischen Zeitz und Rositz ein 20 Jahre alter arbeitsloser Maurer aus Zeitz in selbstmörderischer Absicht vor die Lokomotive eines Eisenbahnzuges. Der Mann wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

**St. Gallen.** Infolge der ungenügenden Wirtschaftslage hat sich die Strickwarenfabrik Albert Rabe veranlaßt gesehen, Kurzarbeit einzuführen. Es wird nur noch an drei Wochentagen gearbeitet.

**Reutichen.** Zeichen der Wirtschaftnot. Die hiesige Strumpfabrik Anstalt sah sich infolge Auftragsmangels gezwungen, den Betrieb zu schließen und die Belegschaft in Stärke von etwa 200 Mann zu entlassen. Das Werk arbeitete schon seit einiger Zeit verlust.

**Leipzig.** Den Trauring nach 35 Jahren wiedergefunden. Vor etwa 35 Jahren war einem hiesigen in der

Hand der Kirche wohnhaften Stammes sein Trauring abhanden gekommen. Nunmehr wurde der Ring im Kirchthurm unterhalb der Uhr gefunden. Man nimmt an, daß der Ring von sogenannten Turmböhlen, die feinerseit in dem Turme nisteten, gestohlen und an den Fundort getragen worden ist.

**Wittenberg.** Sa. 81 Prozent Sparkassenauflösung. Der Aufwertungsbeitrag der Gemeindeparkasse Wittenberg ist vom Kreisrat mit 81 v. H. festgestellt und in dieser Höhe vom Ministerium genehmigt worden.

**Leipzig.** Weizenstreit in den Weizenmehlbereitungen. In den Weizenmehlbereitungen des Leipziger Gebietes ist es zwischen den Weizenmehlern und den Mehlern zu Differenzen gekommen. Die Weizenmehler (Mehlvorrichter) sind nach dem geltenden Rahmenverträge nicht Beamte. Sie wollen nun diese Qualifikation ebenfalls erreichen, damit ihnen die Rindigungsfrist des Handelsgesetzbuches zuerkannt werde. Die Arbeitgeber bestehen dagegen auf dem alten Verträge, weil sie nicht alle Mehlere als Beamte anerkennen wollen, sondern nur diejenigen, die höhere Dienste leisten. Um die Angelegenheit zu klären, wurden alle Mehlere zum Jahresabschluss eingeladen, ihnen aber mitgeteilt, daß das Dienstverhältnis zu den alten Bedingungen fortgesetzt werden kann. Dies lehnten die Mehlere scharf ab und verlangten die Entlassungsbestimmungen. Der weitere Betrieb der Mehlereien ist dadurch vorläufig nicht gefährdet, zumal ohnehin eingeschränkt gearbeitet wird.

**Rußland.** Tod im Dienst. In der Montagnacht erkrankte sich auf dem hiesigen Bahnhof ein schwerer Unglücksfall, dem der Lokomotivführer Lindner aus Falkenberg zum Opfer fiel. Lindner, ein Mann von 57 Jahren, war als Hauptführer mit einem Lokomotivzug von Falkenberg nach Dörschwerda unterwegs. Auf dem Bahnhof Rußland hatte er sich während eines Aufenthaltes von seinem Posten entfernt, um einige andere Güterzüge auf ihre Herkunft zu prüfen. Bei der Rückkehr zu seiner Lokomotive mußte er ein Kesselfragment überfahren, auf dem gerade ein Güterzug fuhr. Als er durch eine Qualität des Güterzuges hindurchschlüpfen wollte, drückte eine anlaufende Wagenaruppe die Räder des Güterzuges zusammen. Lindner geriet dabei mit dem Kopf zwischen die Räder. Er wurde völlig zerquetscht tot aufgefunden.

**Halle.** Für 7000 Mark Stoffe geraubt. Bei einem Einbruch in einen Schneiderladen am Moritzwinger erbeuteten die Diebe für nicht weniger als 7000 Mark Stoffe aller Art. Die Täter müssen zum Abtransport des gestohlenen Gutes ein Auto benutzt haben.

**Berlin.** Rindfleisch ohne Steuerhempel. Dieser Tage wurde der Ortspolizeibehörde mitgeteilt, daß im Kapital-Rind in der Berliner Straße Eintrittskarten ohne Steuerhempel zur Ausgabe gelangen. Vollständig wurde festgestellt, daß im Rind 72 000 Karten ohne den erforderlichen Steuerhempel vorhanden waren, von denen bereits 2883 verkauft worden sind.

**Berlin.** Falsche Dreimarkstücke. Am 1. und 3. d. M. wurden in hiesigen Verkaufsstellen je ein falsches Dreimarkstück im Zahlung gegeben. Die Falschstücke sind äußerlich mangelhaft nachgebildet und als solche ohne weiteres kenntlich. Nach den Berichten, die das Falschgeld vorausgibt haben, wird gefahndet.

### Keine Hoffnung auf Rettung

der verunglückten Beuthener Bergleute

Beuthen, 6. Januar. Die Bergbehörde gab gestern spät abends folgenden amtlichen Bericht über das Einsturzungsunglück auf der Zeche Karsten-Centrum aus:

Die Rettungsarbeiten sind weiter im Gange. Es wurde festgestellt, daß die Streckenbetriebe, in denen die verschütteten Bergleute waren, vollkommen zusammengebrochen sind. Die Aufräumungsarbeiten werden sich voraussichtlich noch mehrere Tage hinziehen. Es steht fest, daß keiner der Verschütteten mehr am Leben ist. Der Unfallauschuss der Grubenberufungskommission tritt am Mittwoch, dem 6. Januar, auf der Grube zusammen.

### Unfall des D-Zuges Berlin-Röll.

Offen. Wie die Reichsbahndirektion Offen mittelt, fuhr gestern früh der D-Zug 10 Berlin-Röll im Dortmunder Hauptbahnhof auf eine Dreilokomotive auf. Die Dreilokomotive entgleiste mit drei der Badewagen des D-Zuges mit zwei Wägen. Reisende wurden nicht verletzt. Der Feiler der Dreilokomotive und der Zugführer des D-Zuges sind leicht verletzt. Der Schaden ist gering. Der D-Zug konnte nach 63 Minuten Verpätung seine Fahrt mit einer Ersatzmaschine fortsetzen. Die Untersuchung über die Schuldfrage ist eingeleitet.

### Briefkasten.

H. J. Riesa. Ein Mann mit Frau - ohne Kinder - ist von der Zahlung der Mietzinssteuer befreit, sobald der Bruttoverdienst beider Ehegatten zusammen monatlich nicht über 123,81 RM. beträgt.

## Samuel Sufendorf.

Zur Wiederkehr des 100. Geburtstages des großen Sachsen am 8. Januar.

Von Hellr. Leo Gödertz.

Im ganzen Sachsenland plant man Anfang Januar Gedenkfeiern für Samuel Sufendorf, dessen Geburtstag sich am 8. Januar 1724 zum 100. Male jährte; in Dorfgemeinde bei dem Thalheim, wo er geboren ward, in Pössa, wo er seine Kindheit verlebte, in Grimma, wo er die Fürstenschule besuchte und letzten Endes hat die gesamte deutsche Wissenschaft an diesem Tage Veranlassung, des großen Sachsen dankbar zu gedenken, der der Rechtswissenschaft neue Bahnen wies, der der Hauptbegrunder ward des Natur- und Völkerrechtes und schon damals in seinen zahlreichen z. T. noch heute wertvollen Schriften Gedankengänge über eine Verfassung des deutschen Vaterlandes entwickelte, die dann zum Teil durch Stein und Bismarck verwirklicht wurden.

Samuel Sufendorf entstammt einer alten Theologenfamilie des Reichsner Landes. Sein Großvater war Pfarrer in Groß-Obersdorf, sein Vater Pfarrer in Dorfgemeinde, wo man den „heilenden Geist“ jedoch nicht recht mochte, weshalb er 1684 als Pfarrer nach Pössa ging. Von seinen Brüdern wurde der älteste, Jeremias, Nachfolger des Vaters in Pössa, der zweite, Elias, trat in schweizerische Dienste und starb, von König Karl XII. getobt als dänischer Gefandener in Weggensburg. Sein jüngerer Bruder, Johannes, war Sekretär an der schweizerischen Gesandtschaft zu Paris.

Samuel Sufendorf wurde am 8. Januar 1724 zu Dorfgemeinde geboren und kam schon als zweijähriger mit den Eltern nach Pössa. Umweht von dem frommen Geiste des lutherischen Pfarrhauses wuchs er in der ländlichen Stille, durch die freilich immer wieder die furchtbaren Schrecken des 30-jährigen Krieges gellen, zu einem lehrbegierigen, lebhaften und trostigen Knaben heran, in dessen Seele sich tief die erlittenen Kriegsgreuel einprägten. Ein

hämmerter und frischer Bursche trat er 1645 in die Fürstenschule zu Grimma ein, die seine Brüder Jeremias und Elias eben erst (1640 und 1644) verlassen hatten und fühlte sich in der dort herrschenden Strenge bald wohl. Bedeutend von hervorragenden Lehrern, unermüdlich fleißig, war er bald der Reiz der Schule und baute hier, weitgehend von allem Gelehrten, Auszüge fertigen die Grundzüge zu seiner späteren wissenschaftlichen Tätigkeit, die ihn als einen der größten Moralphilosophen und Geschichtsschreiber seiner Zeit erweisen sollte. — Schon drei Jahre nach seinem Eintritt in die Fürstenschule verlor er den Vater und mußte sich durch Unterricht an der Jugend die Mittel zu seinem Studium in Leipzig und Jena beschaffen. 1666 wurde er Magister. Über das Vaterland, das seine Bedeutung nicht ahnte, hatte keine Stelle für ihn. Sich allein durchzusetzen, fehlten ihm Geld und Verbindungen und so ging er ins Ausland, wo sein Stern rasch und sieghaft stieg. Er ging als Hofmeister beim Sohne des schwedischen Gefandten Cobet nach Kopenhagen und wurde während des Krieges mit Schweden 8 Monate lang mit der ganzen Familie des Gefandten ins Gefängnis gesetzt. Von Kopenhagen kam er nach Leiden, wo er 1666 bei dem Fürstlichen Hofe Carl Ludwig gewirbete, aufsehererregenden „Elementa jurisprudentiae universalis“ herausgab und wurde 1681 zu Heidelberg der erste Professor Deutschlands, der über das Natur- und Völkerrecht las. Hier schrieb er auch unter dem Namen Severini von Romagnano das heute noch wertvolle Buch „de statu rei publicae germanicae“, in der der weitsehende Geist schon die Grundbeiden der späteren deutschen Verfassung niedergelegt hat. 1670 wurde er als Professor an die neue Akademie zu Wittenberg berufen und vertrat hier seine grundlegende Darstellung des Natur- und Völkerrechtes und das „Compendium de officio hominis et civis“, durch die er in schädeliche wissenschaftliche Kämpfe und den damals so üblichen Austausch von erbitterten Streitschriften verwickelt wurde, ja ein neidischer Professor ließ ihn sogar mit dem

1686 wurde er Kgl. Rat und Historiograph zu Stockholm. Als solcher schrieb er eine Geschichte Schwedens unter Gustav Adolph in 26 Bänden, in denen er sich jedoch als überraschend partiell erweist. 1688 wurde er als Kurbrandenburgischer Geheimere Hofrat nach Berlin gerufen, wurde Kammergerichtsbeisitzer und vom König von Schweden in den Freiherrenstand erhoben. Hier in Berlin entstand seine Geschichte vom Leben des Großen Kurfürsten in lateinischer Sprache. Eine Zeit fruchtbarer Tätigkeit als Geschichtsschreiber und Gelehrter folgte, in der er auch mit seinen ihm der Religionsfeindschaft verdächtigenden Feinden scharf abrechnete. Aber sie sollte nicht von langer Dauer sein. Von Karl XI. eingeladen, reiste er 1694 mit seiner Frau nach Schweden. In Stockholm überreichte ihn ein Schlaganfall. Eine Fußoperation machte eine schmerzhaft geplagte Operation erforderlich. Aber bald stellte sich erneut heftiges Fieber ein, das ihn am 5. November 1694 dahintrat. In der Nicolaitische zu Berlin wurde er beerdigt. Sachsen hat allen Grund, mit Stolz und Dankbarkeit dieses großen Sohnes zu gedenken. Er hatte es als erster gewagt, vollkommene Freiheit von jeder übernatürlichen Offenbarung für Wissenschaft und Forschung zu fordern. Er hatte den damals aufstrebenden und stürmerregenden Satz geprägt, daß die Erkenntnis des Naturrechtes unabhängig von jeder übernatürlichen Offenbarung möglich sei und daß die philosophische Forschung unbeeinträchtigt von den Lehren der Theologie nach ihrer Wahrheit streben müsse. Eine damals unerhörte Kampfanlage, daß er wissenschaftliches Denken frei von jeder Bevormundung durch die Theologie erklärte, und der Gegenkampf wurde dann auch erbittert von allen Seiten aufgenommen. Er war der führende Neuerer, der Christian Thomassius die Bahn bereitet, und daß er dabei in einer Zeit trostloser deutscher Verfallenheit immer den Gedanken der Einheit und Einigung des deutschen Volkes auf den Schild erhob, das darf ihm am wenigsten in unserer dunklen Zeit neuer deutscher Verfallenheit und Ohnmacht vergessen werden.







### Reichsreform auf dem Wasserwege?

Der Streit um die Wasserstraßenverwaltung.

Western, am 5. Januar, haben sich die Vertreter des Reichs und der Länder zusammengesetzt, um mit den Verhandlungen über die endgültige Regelung des Übergangs der Wasserstraßen in die Verwaltung des Reichs zu beginnen. Nachdem für das Reich das Reichsverkehrsministerium den im Jahre 1921 abgeschlossenen „Staatsvertrag“ betreffend den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich kurz vor Ende 1931 zum 1. April 1932 gekündigt hat, hat sich alsbald über die damit aufgeworfenen Probleme ein Streit zwischen den fraglichen Ländern und dem Reich entfacht, der weit über die Grenzen der zur Diskussion stehenden Problems grundsätzliche Bedeutung erlangt hat.

Dadurch daß das Reich seinen Staatsvertrag, der sich selbst nur als eine vorläufige und nicht vollständige Regelung bezeichnete, gekündigt hat, ist die Notwendigkeit gegeben, die grundsätzliche Bestimmung der Weimarer Verfassung über die Uebernahme der dem allgemeinen Verkehr dienenden Wasserstraßen bis zum 1. April 1932 zur Durchführung zu bringen. Es muß nun also ein Zustand liquidiert werden, der reichlich zehn Jahre hindurch gebauert hat und gegen dessen Veränderungen jedesmal, wenn solche vom Reich veranlaßt wurden, von den Ländern genau die gleichen Einwände erhoben wurden wie jetzt.

Ein anderer Grundton allerdings schwingt diesmal durch diese Proteste, der Hinweis darauf nämlich, daß das Vorhaben des Reichs auf der Linie der Reichsreform liege. Maßnahmen, die einer wahren und zweckmäßigen Reichsreform oder auch, nur Teilschnitten aus ihr, dienen könnten, wären nun gewiß niemals notwendiger gewesen, als eben jetzt. Es ist also zunächst notwendig, zu untersuchen, ob die Abneigung der protestierenden Länder gegen das Vorhaben des Reichs prinzipiell in Starrsinn entspringt oder ob sie sachlich einwandfreie Grundlagen hat.

Rein theoretisch wäre natürlich für das gesamte deutsche Binnenwasserstraßen-System eine reichsweite und damit auch reichs einheitliche Verwaltung vorzuziehen. Praktisch aber gilt es die Frage zu lösen, wie am rationellsten und am zweckmäßigsten das bestehende Verwaltungssystem mit dem theoretisch wünschbaren in Einklang zu bringen ist. Dies tatsächlich bestehende System wird repräsentiert durch ein halbes Duzend mittlere und anderthalb Duzend, genau 168, lokale Behörden, die zum größeren Teil Träger der Auftragsverwaltung durch das Reich sind. Das Reichsverkehrsministerium behauptet, die Zahl dieser Behörden von 51 auf 12 resp. von 166 auf 122 verringern und mindestens 2 Millionen RM jährlich — bei einem Gesamtwert für die Wasserstraßenverwaltung — von angeblich 150 Millionen RM einparen zu können. Die angegebenen Ziffern sind ebenso wenig belegt, wie sie ohne weiteres zu widerlegen wären, aber es ist auch nicht notwendig, sich im einzelnen mit diesen Ziffern zu beschäftigen, denn es steht wohl ganz zweifellos fest, daß die angeführten Erparnisse vielleicht für den Wasserstraßenverwaltungsapparat des Reichs, aber nicht für die gesamte Wasserstraßenverwaltung Deutschlands zu erzielen wären.

Das Reich will nämlich, wie aus dem schon seit Jahren vorliegenden „Entwurf eines Reichsgesetzes über die Wasserstraßenverwaltung“ hervorgeht, nur die verkehrsrechtlichen Funktionen dieses Verwaltungszweiges übernehmen. Den Ländern würden die zahllosen anderen, mit der Gestaltung und Verwaltung der Wasserstraßen zusammenhängenden Sorgen und Pflichten überlassen bleiben: Kulturarbeiten, Trinkwasserlieferung, Abwasserregulierung usw. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, neben der zukünftigen Reichswasserstraßenverwaltung doch auch noch Landesverwaltungen aufrecht zu erhalten; soweit also nicht bisherige Landesbeamte durch Reichsbeamte ersetzt werden, müßten neue Reichsbehörden neben bereits bestehenden und auch künftig nicht entbehrlichen Landesbehörden neu geschaffen werden, wenn sich auch in einzelnen Fällen rationellere Sonderregelungen finden lassen würden. Daß die Kosten der Neuregelung vor allen Dingen anfänglich gegenüber den vielleicht erzielbaren zukünftigen Erparnissen unverhältnismäßig hoch und keineswegs der Zwangslage angepaßt sein würden, in der Deutschland sich befindet, ist danach sichtlich nicht zu bezweifeln.

So wird es begreiflich, daß die Aufmerksamkeit sich auf jenes grundsätzliche und umfassende Argument des Reichs richtet, daß nämlich die geplante Neuregelung der Tendenz zur Reichsreform entspreche und als ein sie vorbereitender Schritt zu bewerten sei. Dieses Argument aber mutet, wie die Dinge liegen, allzu sehr als ein Versuch an, „das Pferd beim Schwanz aufzufassen“. Man sollte meinen, daß es würdiger und weniger strittige Gegenstände zur Inangriffnahme der Reichsreform auf dem Gebiete der Verwaltung gäbe und man möchte erwarten, daß diese Gegenstände die Aufmerksamkeit derer, die ehrlich und ohne Reformortodoxismus Reichsreform wünschen, möglichst bald auf sich ziehen.

Berlin. Die Besprechung, die Reichsverkehrsminister Lepsius mit den Vertretern der Wasserstraßenländer abgehalten hat, führte im Anschluß an die Eröffnungsrede des Ministers zu einer ausführlichen Aussprache. Namens der deutschen Wasserstraßenländer gab der preussische Staatssekretär Krüger die Erklärung ab, daß auch die Länder den Wunsch hätten, in der Verwaltung der Wasserstraßen jede mögliche Erparnis machen zu helfen. Es sei aber zu befürchten, daß durch die geplante Neuregelung im Gesamthaushalt von Reich und Ländern keine Erparnis, sondern Mehraufwendungen entstünden. Mit Ausnahme der Hansestädte hätten alle Länder gegen die Pläne des Reichsverkehrsministers das Bedenken, daß sie eine organische Reichsverwaltungsreform gefährdeten, weil sie wieder eine Reichs Sonderverwaltung schaffen wollten, die aus dem Zusammenhang mit der allgemeinen Verwaltung gerissen werde. Der hamburgische Staatsrat Krönig erklärte, daß die Hansestädte das Recht des Reichs auf einen reichs eigenen Unterbau in der Wasserstraßenverwaltung anerkannten, ohne allen Einzelheiten der Vorschläge zuzustimmen. Der Reichsverkehrsminister betonte, daß die heutige finanzielle Lage dazu zwinge, sich nicht mit vorläufigen Zwischenlösungen aufzuhalten, sondern unverzüglich die endgültige Organisationsform der Reichswasserstraßenverwaltung zu schaffen. Es sei für eine geordnete Verwaltung unumgänglich, daß das Reich die Verfügung über das Personal erhalte. Jeglicher Schematismus sei bei der Organisation der neuen Verwaltung zu vermeiden.

Zur Klärung der grundsätzlichen Frage der Reichswasserstraßenverwaltung wird der Reichsverkehrsminister demnach die zuständigen Länderminister zu einer persönlichen Aussprache bitten. — Es soll ferner unter Beteiligung des in der Sitzung anwesenden Reichsparlamentarismus und der Landesregierungen der Mindestbedarf der Reichswasserstraßenverwaltung an Behörden und Personal festgestellt werden, um diese Zahlen den Haushaltsplänen für 1932 zugrunde zu legen.

## Eine Rede des Reichsfinanzministers Dietrich

über außen- und innenpolitische Fragen.

Stuttgart. (Zuspruch.) Reichsfinanzminister Dr. Dietrich hielt heute auf der Landesversammlung der Demokratischen Partei Württembergs eine Rede, in der er betonte, daß das Jahr 1932 ein Jahr der schweren Entscheidungen werden wird. Außenpolitisch gehe der Kampf um Regelung der Privatschulden und um die Reparationen, innenpolitisch werde das gegenwärtige System darum zu kämpfen haben, sich gegen die ankündigenden neuen Gewalten zu verteidigen.

Der Minister gab dann einen Überblick über die Entwicklung des Reparations- und Schuldenproblems, wobei er besonders auf die Bestimmungen des Baseler Sonderanknüpfes hinwies, daß von einer Zahlung der geschätzten Annuitäten auch im nächsten Jahr keine Rede sein könne und daß alle Voraussetzungen des Youngplans entfallen sind. Ganz besonders wichtig sei aber die, wenn auch in verflüssigter Form ausgesprochene Feststellung, daß ohne eine gründliche Neuordnung des Reparationsproblems eine Genesung nicht eintreten wird.

Es steht also heute, erklärte der Minister, nach Meinung aller Sachverständigen fest, daß die gegenwärtige Krise in erster Linie auf die Forderungen Deutschlands und die Verzögerung der Kriegsschulden unter den Alliierten zurückzuführen ist, aber ebenso sehr auf Schuld der unzulässigen Forderungen, die den Kriegszustand in latenter Form fortgesetzt haben und die wirtschaftlichen Verluste der vergangenen Jahre mit ihrer Ueberproduktion in Wertpapieren und in Waren.

Die Notverordnung vom 8. Dezember, die in der neueren Geschichte auch nach Ansicht der Baseler Sachverständigen ein Gegenstück nicht hat, steht in engem Zusammenhang mit den Zuständen, die durch die Reparationen und die Fehler der Weltwirtschaft heraufbeschworen sind. Sie verfolgt fünf große Ziele: 1. die Senkung der Preise und Wertungslosten, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben, 2. den Ausgleich des Reichsstats, von dem 3. abhängt die Erhaltung und Behauptung der deutschen Währung; 4. die Sicherung der deutschen Stellung in den Verhandlungen über Reparationen und Schulden und 5. den Schutz des inneren Friedens.

Aber so wichtig der Inhalt der Notverordnung ist, entscheidend für die Zukunft des deutschen Volkes wird der

Ausgang des Kampfes sein, der sich in einigen Monaten in der Wahl des Reichspräsidenten entspinnen wird. Hier wird sich zeigen, ob das deutsche Volk geschlossen ist, einzuhalten, daß man nur mit Einigkeit, Beharrlichkeit und rücksichtsloser Anspannung aller Kräfte die Not meistern kann, aber nicht dadurch, daß man irgend einem Phantom nachläuft, das dem deutschen Volk Wunder verspricht.

Der Minister beschäftigte sich weiter mit der Frage der Arbeitsbeschaffung, die leider im vergangenen Jahre nicht mit der wünschenswerten Energie betrieben worden sei. Durch die Auftragsvergabe der Reichsbahn und die Umgestaltung der Seidlung sei wohl etwas, aber nicht genug erreicht.

Dr. Dietrich unterstrich, daß die Staatspartei jetzt sich überall behauptet habe und kennzeichnete das Ueberlaufen eines großen Teiles des Bürgertums zum Nationalsozialismus als ein Zeichen der schlimmsten geistigen Verwirrung. Schon sind wir, fuhr der Minister fort, in einem Zustand, bei dem die Gefahr besteht, daß der Staat in einem Maße in die Privatwirtschaft hineingebückt wird, die kaum zu ertragen ist. Die ganz großen Gebilde, die seit Kriegsschluß in Deutschland entstanden, sind eine Gefahr für Volk und Wirtschaft.

Man wirft der Reichsregierung vor (namentlich von nationalsozialistischer Seite) daß sie die schweren Misstände, die manche großen Wirtschaftskapitale gemacht haben, toleriert; davon ist gar keine Rede. Die Reichsregierung hat überall sich eingesetzt dafür, daß jeder verhaftet und eingesperrt wird, der in unautoritärer Weise auf dem Rücken anderer gewirtschaftet hat. Aber die Reichsregierung kann nicht in die Justiz eingreifen und gegen Personen vorgehen, die nicht gegen die Gesetze verstoßen haben, wenn sie vielleicht auch wirtschaftlich Fehlgriffe machten.

Der Minister schloß: Die Außenpolitik kann nur mit Erfolg betrieben werden, wenn der Kampf im Innern gekämpft wird. Dabei wird entscheidend sein, ob das Bürgertum neben den staatsfeindlichen Parteien geschlossen ist, sich zusammenzuschließen, um eine politische Rolle zu spielen. Die Reichsregierung kann und wird ihre Pläne durchsetzen, und das Volk wird durch die Schwierigkeiten der Zeit hindurchkommen, wenn es entschlossen ist, an seinem Teil den Kampf um seine Zukunft aufzunehmen.

### Lausanner Konferenz am 25. Januar.

Basel. Nachdem Bundespräsident Motta bereits dem englischen Gesandten und dem französischen Botschafter in Bern seine Zustimmung zur Abhaltung der Tribunkonferenz in Lausanne gegeben hat, hat der Gesamtsandbesatz in seiner Dienstagung diese Zusage bestätigt. Die Konferenz wird am 25. Januar in Lausanne beginnen. Bundespräsident Motta wird als Vertreter der schweizerischen Bundesregierung und damit des Westlandes der Eröffnungsfeier beizuwohnen.

### Keine Aussicht auf Besserung

„Temps“ über die „Streichung der Reparationen“

Paris, 6. Januar.

Zu dem Vorschlag der „Depeche de Louloue“, die Reparationszahlungen zu streichen, äußert sich der „Temps“ in ablehnendem Sinne. Das Blatt fragt: Würde eine Annulierung der Reparationszahlungen die Annulierung der amerikanischen Gläubigeransprüche zur Folge haben? Wie die kürzlichen Beschlüsse des Washingtoner Kongresses gezeigt hätten, würde eine Schuldannullierung durch Amerika gegenwärtig nicht freiwillig zugestanden werden. Sie könnte sich nur aus dem eindeutigen Willen der europäischen Schuldnerstaaten ergeben. Eine Streichung der Reparationsschulden würde jene kommerzielle Amoral sanktionieren, die vielleicht das bestimmende Element der jetzigen Krise sei. Es stehe nicht so sehr das Interesse Frankreichs auf dem Spiel, das das in seinem Budget entfallende Loch ausfüllen könnte, sondern vielmehr das Interesse Europas und besonders Deutschlands. Ein Sieg Deutschlands in der Tribunkonferenz würde Deutschland nur ermüden, neue Forderungen vorzubringen.

### Die Vorbereitungen für Lausanne.

Berlin. Die diplomatischen Verhandlungen zur Vorbereitung der Tribunkonferenz sind in vollem Gange. Noch immer aber ist der Tag der Konferenz nicht bestimmt worden. Jetzt drängt Frankreich (sogar darauf, daß die Konferenz erst am 25. Januar beginnen zu lassen, jedoch zwischen der Konferenz in Genf über die Währungs- und der Konferenz in Lausanne nur wenige Tage liegen, woraus sich Schwierigkeiten ergeben, die namentlich der deutschen Regierung peinlich werden müssen. Wie wir nun hören, wird der deutsche Botschafter in Paris, Herr v. Hoelch, heute in Berlin erwartet, um von der Regierung neue Instruktionen zu erhalten und über die Baseler Besprechungen Bericht zu erhalten. In Paris bemühen sich englische Vertreter um das französische Einverständnis zum früheren Beginn der Konferenz, aber auch um eine klare Grundlage für die Verhandlungen. Nach Berlin kommen in den nächsten Tagen maßgebende Persönlichkeiten, die in der Reparationsfrage eine Stimme haben und bereits wiederholt in großen Verhandlungen mitwirkten. So ist der amerikanische Botschafter in Paris, Oge, bereits in Berlin eingetroffen.

### Japans Entschuldigung

Washington, 6. Januar.

Die japanische Regierung hat der Regierung der Vereinigten Staaten ihre formelle Entschuldigung wegen des Angriffs auf den amerikanischen Konsul in Chardin ausgesprochen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die japanischen Entschuldigungen wegen der Vorfälle in Chardin noch nicht endgültig angenommen. Staatssekretär Stimson erklärte, er werde sich nach Empfang neuer Berichte über den Vorfall erneut mit dem japanischen Botschafter in Verbindung setzen.

### von Hoelch bei Laval

Botschafter von Hoelch hatte gestern mittag eine längere Unterredung mit Ministerpräsident Laval und dann eine Besprechung mit Finanzminister Haind. Es darf angenommen werden, daß im Laufe dieser Unterhaltungen die Vorbereitung der Konferenz von Lausanne besprochen worden ist.

Paris. (Zuspruch.) Laval bestätigte, daß die gefristete Unterredung des deutschen Botschafters mit Laval und Haind der Vorbereitung der Reparationskonferenz galt. Nachdem man sich, wie die Agentur behauptet, in Berlin auf die Verlängerung der eingetragenen Kredite um ein Jahr geeinigt habe, stehe dem Zusammentritt der Reparationskonferenz nichts mehr im Wege. Aber der 15. Januar scheine der französischen Regierung wegen der am 12. Jan. beginnenden Parlamentsession zu nahe zu liegen. Da Laval persönlich an der Wiederaufnahme der Parlamentsarbeiten teilzunehmen wünsche, werde er vorschlagen, die Einberufung der Reparationskonferenz um einige Tage, vielleicht bis zum 25. Januar zu verschieben. Die französische Regierung sei grundsätzlich geneigt, Deutschland ein Moratorium, jedoch nicht über den 1. Juli 1934 hinaus, zu gewähren, unter der Bedingung, daß die ungeklärten Young-Annuitäten von Deutschland weitergezahlt würden, wobei Deutschland wie beim Hoover-Moratorium die Möglichkeit hätte, über diese Summen in Form verbürgter Anleihen an die Reichsbahn zu verfügen.

### Unütige Anreizung

Den Indern soll die britische Flagge gezeigt werden

Duna, 6. Januar.

Ein Bataillon eines schottischen Regiments ging nach Scholapur ab. Von dort wird es einen langen Marsch durch dichtbesiedeltes Land unternehmen. Der Marsch bezweckt, den Kongreßanhängern die britische Flagge zu zeigen.

Im Hochmandgebiet wurden die Häuser einiger Personen, die von der britischen Regierung besoldet werden, von einer Gruppe Rothemden in Brand gesetzt.

### Ein Wirtschaftsbündnis England—Skandinavien?

Kopenhagen. Die Besprechungen der skandinavischen Außenminister werden am heutigen Mittwoch hier beginnen. Es handelt sich im wesentlichen um die Erörterung von währungs- und handelspolitischen Fragen. Die Annahme der Londoner Financial Times, daß dieser Kopenhagener Besprechung sofort eine englisch-skandinavische Währungskonferenz in London folgen werde, wird an maßgebender dänischer Stelle als unzutreffend bezeichnet. Rundsök steht aber fest, daß die Außenminister der zum Dänisch-Abkommen gehörenden Staaten, also Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland, Belgien und die Schweiz, unmittelbar vor den großen politischen Konferenzen oder während dieser Konferenzen gemeinsame Besprechungen von politischer Art abhalten werden.

Stockholm. Die Stockholmer Abendpresse vertritt den Standpunkt, daß die Kopenhagener Besprechung ein Wirtschaftsbündnis zwischen England und Skandinavien vorbereiten soll. Angeblich soll eine gemeinsame Währungsunion zwischen England und den nordischen Ländern gebildet werden. Diese Annahme fußt auf der Tatsache, daß sowohl England als auch die drei skandinavischen Länder den Goldstandard in ungesicherter Weise verlassen haben. Außerdem sei England der wichtigste Ausfuhrnehmer der drei Nordländer. Andererseits ist die wirtschaftliche Struktur der skandinavischen Länder recht verschieden, so daß bisher alle Pläne zur Wiedererrichtung der Währungsunion gescheitert sind.

### Gefängnis für Dufrie

Paris, 6. Januar. Das Pariser Strafgericht verurteilte den Bankier Dufrie zu 18 Monaten Gefängnis. Es wurde in der Verhandlung als erwiesen angesehen, daß Dufrie vor den Aktien einer von ihm kontrollierten „Schuhfabrik“ 70 000 Stück zu seinen Gunsten beiseite gebracht hätte.







# Kaufmännische Konferenz und Stillhaltekonferenz.

Deutschland muß auf Ausbildung des Reparationsproblems bestehen. Berlin. (Funkdruck.) Anlässlich der Tatsache, daß immer noch kein endgültiger Termin für den Beginn der Kaufmännischen Konferenz feststeht, ist die Kaufmännische Konferenz in der Erwartung, daß die Konferenz im nächsten Monat einberufen werden wird, sich mit dem englischen Vorschlag einverstanden erklärt hat. Die deutsche Regierung ist bei der Auffassung, daß die Konferenz so schnell wie möglich zusammenzutreten muß. Selbstverständlich muß dabei Voraussetzung sein, daß es dahin auch die Stillhalteverhandlungen zu einem Abschluß gelangen, damit Deutschland bei den Verhandlungen auf der Reparationskonferenz rechte Arbeit über eine gesamtanordnungsrechtlichen Schaffen kann. Auch die an den Stillhalteverhandlungen beteiligten Vorkonferenzen sind der Auffassung, daß ihre Verhandlungen bis zum Beginn der Kaufmännischen Konferenz zu einem Ergebnis führen müssen. Die besten, Mitte Januar das neue Stillhaltekommen fertiggestellt zu haben.

Wenn in den Erörterungen in der Öffentlichkeit gegenwärtig von einer provisorischen Regelung des Reparationsproblems und einer Vertagung der Reparationskonferenz um mehrere Monate die Rede ist, so muß demgegenüber, wie in unterrichteten Kreisen nachdrücklich betont wird, mit großer Bestimmtheit festgehalten werden, daß eine endgültige Lösung des Reparationsproblems nicht in allen wesentlichen Punkten auf die Stillhalteverhandlungen der englischen Regierung, deren Erklärungen als genügend Beweisgründe angenommen werden. Der Bericht wird auf der Ende Januar stattfindenden Tagung des Stillhaltekomitees zur Verhandlung gelangen. Die Aufnahme des Mandats und die Aufnahme des Staat-Gebietes in den Völkerbund muß jedoch durch einklimmigen Beschluß der Völkerbundversammlung erfolgen.

## Die Aufnahme des Iran in den Völkerbund.

Bericht des Mandatsauschusses. Genf. Der römische Mandatsauschuss des Völkerbundes hat nunmehr seinen Bericht an den Völkerbundrat über die Aufnahme des Iran in den Völkerbund abgeschlossen. Der Bericht enthält abgelehnte Vorschläge, die bei der Vertagung der Tagung des Völkerbundrates gefordert Selbständigkeit des Iran-Gebietes als autonomer Staat in allen wesentlichen Punkten auf die Stillhalteverhandlungen der englischen Regierung, deren Erklärungen als genügend Beweisgründe angenommen werden. Der Bericht wird auf der Ende Januar stattfindenden Tagung des Stillhaltekomitees zur Verhandlung gelangen. Die Aufnahme des Mandats und die Aufnahme des Staat-Gebietes in den Völkerbund muß jedoch durch einklimmigen Beschluß der Völkerbundversammlung erfolgen.

## Die Preisfestsetzung bei den Elektrizitätswerten.

Berlin. Der Reichskommissar für Preisüberwachung, Dr. Wörbeler, hat als Vorkurs für die Elektrizitätswerte zur Verteilung über die beschlossenen Preisfestsetzungen dem. über die Lage der einzelnen Elektrizitätswerte den 10. Januar festgelegt. Elektrizitätswerte, die ab 1. Januar eine 10prozentige Preissteigerung vornehmen, sind von der besonderen Verteilung über ihre finanzielle Lage und damit auch von einer Nachprüfung befreit. Als eines der ersten hat das Berliner Elektrizitätswerk seinen Preis festgesetzt und dem Reichskommissar mitgeteilt. Somit sind bisher nur vier Elektrizitätswerte kleinerer Elektrizitätswerke eingegangen. Die überwiegende Mehrzahl der rund 3000 deutschen Elektrizitätswerke hat bisher noch keinen Bericht eingereicht. Es läßt sich daher noch nicht übersehen, in welchem Umfang die Preisfestsetzung bei den Elektrizitätswerten sich auswirken wird.

## Das Hochwasser der Spree und der Havel.

Rottbus. (Funkdruck.) Für das Gebiet von Rottbus und Guben besteht keine Hochwassergefahr. Auch an der Stadt Rottbus ist die Hochwasserwelle vorübergegangen ohne wesentlichen Schaden zu verursachen. Ein Teil des neuen Staumamms an der Wehrinsel wurde von den Fluten weggerissen. Dieser Dammbau kann aber infolgedessen als ähnlich angesehen werden, als sonst das Wasser in den Mühlgräben abgeleitet worden wäre, der mitten durch die Stadt geht und an dessen Ufern eine Reihe von Fabriken liegt, die durch die unaussprechliche Hochwasserwelle in Mitleidenschaft gezogen worden wären.

## Der Sieg der „Rassen“ in Finnland.

Helsingfors. Die noch ausstehenden Zahlen des Alkoholabkommens haben das Gesamtergebnis nicht mehr verändert. Über 70 v. H. aller abgegebenen Stimmen haben sich gegen das Alkoholverbot ausgesprochen. Staatspräsident Svinhufvud trat am Montag im Extratrage in Helsingfors ein. In einem sofort einberufenen Staatsrat wurde die Einberufung einer außerordentlichen Reichstagsversammlung am 19. Januar beschlossen, um die Alkoholfrage abzuhandeln.

## Dorftragödie in Portugal.

Lissabon. In Vila bei Lissabon hat sich eine tragische Dorftragödie abgespielt, bei sechs Personen zum Opfer fielen. Der Bauermeister Antonio Mattos war wegen Diebstahl ins Gefängnis geschickt worden. Als er zurückkehrte, hatte sich seine Frau erhängt. Aus Mitleid suchte Mattos den Landmann, der ihn angeklagt hatte, in seinem Weh auf und erlöste nicht nur ihn, sondern auch dessen Mutter und Bruder. Mattos kehrte dann in sein Haus zurück, wo er von der Wollig umringelt wurde. So schickte seine Kinder fort, sammelte alle Ähren und Getreide und leistete der Wollig Hilfe. Es kam zu einem Gewerkschaft, in dessen Verlauf Mattos den Wollig überredete und mehrere Wolligen beschuldete. Erst nachdem Unterstützung mit Wolligen eingetroffen war, wurde Mattos durch eine Kugel getötet.

## Chinesische Uebersälle auf Japan.

Sandon. Nach einer Meldung der Times aus Sandon unternahm eine Karte Überzugs am Abend des 4. Januar einen Angriff auf Sandon und konnte erst am 5. Januar fröhlich zurückkehren, nachdem Überzugs auf Sandon eingetroffen waren. In Sandon griffen 30 Chinesen eine japanische Wache zwischen der Eisenbahnstation und der Stadtmauer an und erzwangen 3 japanische Soldaten zu weichen.



Diplomatentreffen in Berlin. Der amerikanische Botschafter in Paris, Senator Walter Edge, ist zu einer Besprechung mit dem amerikanischen Botschafter in Berlin, Eckert, in der deutschen Reichshauptstadt eingetroffen. Man nimmt an, daß der Besuch im Zusammenhang steht mit der Haltung Amerikas auf der Kaufmännischen Konferenz. Unsere Aufnahme zeigt die beiden Diplomaten in dem schönen Arbeitsraum der Berliner Botschaft (links Walter Edge).

## Blutige Unruhen in Spanien.

Madrid. In Arnedo (Provinz Santander) kam es gestern nachmittags zu Zusammenstößen zwischen Streitenden und einer Abteilung Gendarmen, bei denen, wie das Innenministerium mitteilt, 6 Mannschaften, darunter vier Frauen und ein Kind getötet, und 10 Frauen und 6 Kinder verletzt wurden. Die Blätter sprechen sogar von 8 Toten und 32 Verletzten. Die Unruhen namentlich in der Provinz Sabales und das Verhalten der Gendarmen löbten gestern Gegenstand einer Kammerdebatte, in die der Ministerpräsident mit der Erklärung eingriff, daß man weder die Regierung noch irgend eine politische Partei für diese Verbrechen verantwortlich machen könne.

## Chicago in Not.

Chicago. 14 000 Schullehrer seit April ohne Gehalt. New York. Die verarmte Finanzlage der Stadt Chicago hat zur Folge gehabt, daß rund 14 000 Schullehrer seit April kein Gehalt mehr bekommen haben. Diese Lehrer, die außerdem jetzt noch einem Gehaltsabbau unterworfen werden, haben in einer Eingabe den Staat gebeten, den Weiterbetrieb der Schulen zu ermöglichen. In Chicago wurden am letzten Montag nicht weniger als neun Abendkurse geschlossen, weil die Stadt kein Geld mehr für Heizung, Beleuchtung und Lehrergehälter aufbringen kann. In drei Vorstädten von Chicago sind schon früher Schulen auf unbestimmte Zeit geschlossen worden. Die von der Stadt den Lehrern geschuldeten Gehälter belaufen sich zurzeit auf 20 Millionen Dollar.

## Lebte Sunnprach-Meldungen und Selegramme

Dr. Brauns Vorsitzender des Reichsausschusses für Kräfte und Krankenkassen. Berlin. (Funkdruck.) Der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Brauns ist zum Vorsitzenden des Reichsausschusses für Kräfte und Krankenkassen ernannt worden. Die Bergungsarbeiten auf der Karsten-Gemüts-Grube. Deutscher. (Funkdruck.) Etwa 30 Mann arbeiten mit aller Kraft an den Bergungsarbeiten in der Karsten-Gemüts-Grube. Trotzdem konnten sie bis heute vormittag erst 11 bis 12 Meter vordringen. Der gefährlichste Feind der Bergungsarbeiten ist das fallende Gestein. Wenn der Gesteinfall so fortbauert, wird man nicht vor Anfang nächster Woche an die Beiden der Bergungsarbeiten herankommen. Letzte Sitzung des Reichsausschusses. London. (Funkdruck.) Die Kender erklärt, wird das Kabinet heute nachmittag eine Sitzung abhalten, in der die Frage der Haltung Großbritanniens bei den Reparationsverhandlungen in Kaufmann zur Erörterung kommen wird. Ministerpräsident MacDonald wird erst morgen hier eintreffen. Sein Gesundheitszustand hat sich sehr gebessert. England gegen die Verschiebung der Kaufmännischen Konferenz. London. (Funkdruck.) In dem französischen Wunsch, die Reparationskonferenz am 26. Januar beginnen zu lassen,

Der goldene Kochtopf

Den meisten eigentlich alle tüchtigen Hausfrauen, die meinen Engelstoll täglich brauchen, bekommen. Die meisten aber als ein Zeichen ist doch das geliebte Schmuckstück ihres Hauses, wenn er steht, daß sein Schmuckstück in der Wirtschaftlichkeit und die Qualität an den guten Geschmack — das „Goldene Kochtopf“ steht.

wird in diesen unterrichteten Kreisen erklärt, dieser Zeitpunkt liegt zu spät, um ein wirksames Arbeiten zu ermöglichen. Man ist der Auffassung, daß die Verzögerung im Zusammentritt dieser Konferenz sowohl deren eigenen Erfolg als auch den der Abrüstungskonferenz beeinträchtigen könnte.

500 indische Organisationen verboten. Bombay. (Funkdruck.) Alle Kongress- und dem Kongress angegliederten Organisationen der Präsidentschaft Bombay sind als gefährlich verboten worden. Von dieser Maßnahme werden 500 Organisationen betroffen.

Schwerer Orkan über Niederländisch-Indien. Batavia. (Funkdruck.) Niederländisch-Indien wird von einem schweren Orkan heimgesucht. Die Telefon- und Telegraphenverbindungen mit den Inseln Bali und Lombok sind unterbrochen.

## Geographie der deutschen Pferdezucht.

W. Trob aller Räte der Zeit und aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist die deutsche Pferdezucht in den letzten Nachkriegsjahren im höchsten Aufstiege begriffen. Voll Stolz wird jeder Landwirt und Pferdebesitzer an die Erfolge denken, die deutsche Pferde unter schwierigen Verhältnissen gegenüber scharfer ausländischer Konkurrenz errungen haben. Noch stehen frisch in aller Erinnerung die Erfolge des deutschen Pferdes und Reiters auf der Olympiade und die geradezu sensationellen Siege deutscher Reiteroffiziere auf deutschem Pferdmaterial in Amerika.

Der Bedeutung und dem Aufsehen der deutschen Pferdezucht trägt Heft 881 der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft „Die Verbreitung der Pferdeschläge in Deutschland“ Rechnung. Dem Heft der DVG. Wegen die Erhebungen zugrunde, die im Jahre 1928 vorgenommen worden sind. Dabei ist es interessant, wenn man dieses Ergebnis einer alten Erhebung aus dem Jahre 1898 gegenüberstellt. Während 1898 das Warmblut in Deutschland 71,8 Prozent des Gesamtbestand für sich beanspruchte gegenüber 28,2 Prozent Kaltblut, nahm das Warmblut 1928 nur noch 51,1 Prozent gegenüber 48,9 Prozent Kaltblut ein. Die aus dieser Gegenüberstellung ersichtlich wird, hat in den letzten 30 Jahren das Kaltblut auf Kosten des Warmblutes eine Zunahme von 20,7 Prozent zu verzeichnen, so daß nunmehr Warm- und Kaltblut im Reiche fast genau zu gleichen Teilen vorhanden sind.

100prozentige Warmblutzuchtgebiete sind nur noch in kleinen Teilen Deutschlands zu finden, so im Rhein- und in Ostpreußen hart an der russischen Grenze, dann in einem kleinen Gebiet Pommerns in der Gegend von Greifenberg und Regenwalde, im Westen in Ostfriesland und Meer herum und in einem kleinen Gebiet bei Verden. Im Süden und Südosten findet man keine Warmblutzuchtgebiete der Rastatt und nicht bei Konstanz, im Südosten in der Gegend von Pöschelberg und Ramens, sowie in Ober-Sachsen bei Groß-Ströben. Die 100prozentigen Kaltblutzuchtgebiete liegen mit Ausnahme eines kleinen Gebietes im Westlich herum sämtlich im Westen oder Süden des Reiches und sind sowohl im Westen als auch im Süden beinahe ausgesprochene Grenzgebiete, so in der Gegend von Kreuznach und Neuwied bis heran zur französischen Grenze und in Bayern die Bezirke um Kaufbeuren und Pfaffen und Freising und Dachau herum.

100prozentige Warmblutzuchtgebiete dagegen findet man in ganz Ostpreußen, Pommern, Westfalen und Schlesien, Teilen des Reichsausschusses, Hannover, Oldenburg, aber auch in Teilgebieten Bayerns und Württembergs. Kaltblutzucht von 50-90 Prozent treffen fast ganz Brandenburg, Mitteldeutschland, die Hauptgebiete der Rheinprovinz und Bayerns, dazu der nördliche Teil der Provinz Schleswig-Holstein. Aber auch im ausgesprochenen Warmblutzucht Ostpreußen findet sich in der Gegend von Allenstein ein kleines Gebiet, in dem Kaltblutzucht getrieben wird, ebenso wie in einem Teilgebiet Schlesiens. Stellt man sich also eine Karte Deutschlands vor, auf der die einzelnen Pferdegebiets eingekreist sind, so kann man sagen, daß im Süden und Westen Kaltblut vorherrscht, daß ein Streifen quer durch Deutschland, der nach Norden etwa durch die Linie Münster-Stettin, nach Osten die von Stettin nach Trostzen begrenzt wird. Die Gebiete nördlich und östlich des Streifens sind dagegen vorwiegend mit Warmblutzucht.

## Reichswinterwetterdienst.

vom 6. Januar 1932. Schließliche Höhe: Hier sind zwischen 5-10 Zentimeter Reifschnee gefallen, so daß mit guten Sportmöglichkeiten gerechnet werden kann. Es melden: Reiterverband: Reif, Schneehöhe 70 Zentimeter, 3-5 Zentimeter Reifschnee, vorfristig, Sport gut. Schieferhans: Reif, Schneehöhe 80 Zentimeter, 6-10 Zentimeter Reifschnee, bereit, Sport gut. Sachliche Winterportplätze haben keine Meldungen abgegeben. Die Winterportplätze in den höchsten Lagen des Erzgebirges sind vereist. Sport ist kaum möglich.

## Bücherschau.

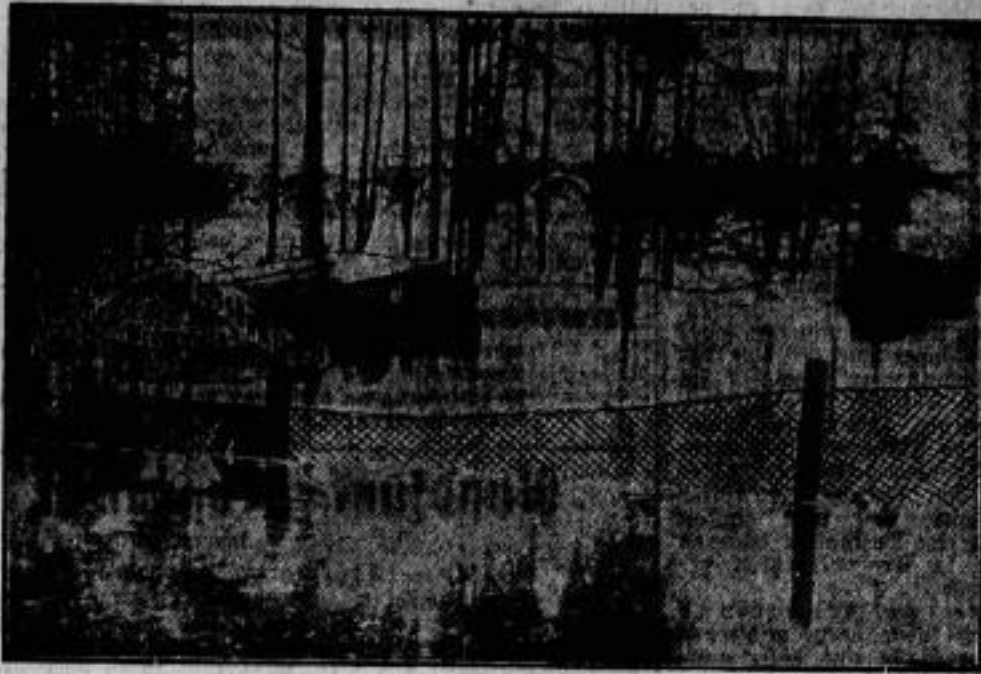
In Harmonie von deutschem Stolz und Demut vor Gott. Erwiderung eines deutschen Christen auf Frau Mathilde Ludendorffs „Erlösung von Jesu Christus“. Von H. von Graefe-Goldbecker. Rethra-Verlag Rostock. Preis 0,80 M. — In dieser kurzen, klaren Auseinandersetzung nimmt der bekannte Führer der völkischen Bewegung Stellung zu den Angriffen, die Frau Ludendorff gegen die Person Christi und den tiefsten Sinn einer religiösen Lebens- und Weltanschauung überhaupt gerichtet hat. In klarer und überlegener Weise führt er zunächst den Nachweis, daß die Stellung ihres Buches, aus einem naturwissenschaftlichen Psychologismus heraus entstanden, die eigentliche religiöse Sphäre überhaupt gar nicht begreift und letzten Endes als philosophischer Gedanke von einigermaßen erschütternder Triivialität ist. Erst eine neue Reformation, die ihre Vorläufer in Reimarus, Fichte, Richard Wagner und Chamberlain findet, wird die Weltanschauung neu und tief in deutsches Volkstum einpflanzen. — Der zweite Teil der kleinen Schrift aber setzt sich mit der Methode und Form des Kampfes auseinander, wie solche auf der Gegenseite geübt wird. In sachlicher und vornehm zurückhaltender Weise wird hier doch der Nachweis erbracht, daß Frau Ludendorff weder in Bezug auf die einfachsten Voraussetzungen wissenschaftlicher Quellenkenntnis noch auf der strengen Schriftinterpretation genügt. Ihr Verständnis für Goethe ist von peinlich wirkender Flachheit; und nicht einmal die Gelehrten, auf die sich ihre Ausführungen stützen, sind mehr als äußerlich benutzt. Ein Politiker, der aus einem inneren Herzensbedürfnis von dem Verhältnis von Gott und Mensch zu reden unternimmt, ist im Deutschland von heute etwas Seltenes und Neues. Möchte die Kirche sich nicht in hochmütiger Selbstbefriedigung abfinden von dem, was Valentinus hier spricht. Auch wenn die Sprache v. Graefes eine andere ist, als die geistliche Dialektik theologischer Ausdrucksformen. Wer wollte leugnen, daß wir alle — Theologen und Laien — heute wie einst zu äußers Seiten Suchende sind!







# Die Hochwasserkatastrophe.



**In Sachsen.**  
Von der zerstörenden Gewalt der Hochwasser, die zur Zeit überall in den deutschen Gebieten wüten, ist besonders Sachsen schwer heimgesucht. Ganz besonders ist diesmal Chemnitz betroffen, wo Straßen und Plätze überflutet sind und der Verkehr lahmgelegt ist. Einen Eindruck von dem gewaltigen Wassermassen gibt unsere Aufnahme von dem bei Chemnitz liegenden Niederwiesener Flugbad, das ganz unter Wasser steht.



**Im Hartz.**  
Auch der Hartz hat schwer zu leiden. Von der Gewalt der Fluten gibt unsere Aufnahme einen Eindruck. Der Bahndamm der Strecke Goslar-Lautenthal-Clausthal im Hartz wurde völlig unterpült und ist zum Teil eingestürzt. Der Verkehr wird durch Autobusse aufrecht erhalten.



**In Schlesien.**  
In Schlesien hat die plötzliche Schneeschmelze vor allem in den Kreisen Görlitz und Landeshut große Überschwemmungen hervorgerufen. Vor Görlitz sind, wie unsere Aufnahme zeigt, die Uferstraßen vollkommen überflutet.



**Die Grubenkatastrophe in Preußen.**  
Bei einem Grubenunglück auf der Karben-Zentrums-Grube der Schlesienschen Bergwerks- und Hütten-K.G. bei Beuthen hat sich ein schweres Einsturzungsunglück unter Tag ereignet, dem 14 Bergleute zum Opfer gefallen sind. Unsere Aufnahme zeigt die Unglücksgrube bei Beuthen.

## Jagd nach Menschen

**9. Fortsetzung.** Nachdruck verboten.

Wichtig begegnete sie einem Mann, der wie eine Erscheinung auf einmal vor ihr stand. Glück und Pabel durchströmte sie. Selig schaute sie auf den Menschen zu, sie sah es gar nicht, wie finstern er aussah. Ein kruppiger Bart umrahmte das Gesicht, aus dem ein Paar unheile Augen leuchteten. Die Kleidung war zerrissen und an den Gelenken von Schmutz zerlegt. Aber der Schulter trug der Kerl ein Gewehr.

Finster blinnte er Christa an. Rahm plötzlich die Flinte und legte sie auf Christa an.

Christa war zu Tode erschrocken. Fliehend kam sie in die Knie. Der Mann grinte, brummte ein paar Worte, die sie nicht verstand, schnitzte das Gewehr und wandte sich zum Gehen.

Sie schleppte sich zu ihm hin, umklammerte seine Hand, flehte um Hilfe. In ihrer Angst versagte sie, französisch zu sprechen. Er verstand sie nicht. Mit einer unwilligen Bewegung streifte er sie von sich ab.

Christa blieb wieder allein in der Einsamkeit. Dieses Erlebnis war so niedererschlagend für sie, daß sie zusammenbrach. Sie konnte nicht mehr weitergehen.

Eine ganze Zeit lang lag sie wie betäubt da. Dann jagte sie gewaltig ihre Gedanken zusammenzufassen.

War es möglich, daß ein Mensch, der ihr Gend sah, sie einfach verkommen ließ? Hätte er sie doch besser erschossen! Zweifellos war er ein Wilder, der nicht entdeckt werden wollte! Hierher sollte ein anderer Mensch dazu glauben. Ihr schauderte bei dem Gedanken, wie grauhaft das Leben war. Jeder Mensch dachte nur an sich selbst!

Ihre Kräfte schwannten schon wieder. Sie blieb einige Stunden ohnmächtig liegen.

Als sie erwachte, war es Abend geworden. Noch einmal machte sie den Versuch, vorwärts zu kommen. Mit Schrecken erkannte sie plötzlich, daß sie wieder an derselben Stelle angekommen war, von der sie ausging. Sie war also im Kreis geblieben.

So begann wieder zu regnen. Die Dunkelheit trübte abermals ihren Blick.

Christa kam, an sich und der Welt verzweifelt, in das nasse Moos. Betäubung umschloß wieder ihren Geist, es war eine Erlebung.

Graf Christoph de Jeanne erwartete in seinem Schloß den Landrat Doktor Gulke als Gast zur Jagd. Es war vier Uhr früh. Die beiden Hunde wurden schon angekündigt. Ein Diener hatte dem Grafen auf der gedeckten Gartenterrasse das Frühstück verabreicht.

Endlich hörte man ein Automobilsignal. Der Landrat kam. Beide Herren begrüßten sich herzlich. Sie befanden sich in mühseliger Jagdausrüstung.

Im Auto fuhren sie an eine entlegene Stelle des Waldes. Von hier aus drangen sie zu Fuß in das Dickicht vor.

Dem Grafen gelang es gleich zu Anfang, einige wilde Tauben zu schießen. Wild hatte man noch nicht gesehen.

Plötzlich hörte man, wie einer der Hunde etwas verbellte. Die Herzen wurden aufmerksam und gingen den Dämon nach.

Der Graf pochte zurück, als er vor sich auf dem Boden zusammengesunken und regungslos ein junges Mädchen erblickte.

Der Landrat, der nach ihm kam, wich vor Staunen zurück einen Schritt zurück.

Dann untersuchte der Graf die Dallegende. Ganz schwach ging ihr Atem, aber sie lebte noch.

Beide Herren blickten sich ratlos an. Es blieb ihnen nichts anderes übrig, als die Leblose fortzutragen.

Das harte Leben machten sie eine Fahrt zurück. Es dauerte über eine Stunde, bis man in die Nähe des Autos kam, wo man den Chauffeur zur Hilfeleistung herbeirufen konnte.

Man brachte die Unbekannte zum Schloß, wo sofort ein Arzt benachrichtigt wurde, der innerhalb einer Viertelstunde mit seinem Auto zur Stelle war.

Christa lag noch immer bewußtlos. Der Arzt untersuchte sie auf das genaueste. Seine Diagnose lautete: Vollkommen erschöpft.

Man stellte ihr etwas Süßendes ein. Nach geraumer Zeit gelang es auch, sie zum Bewußtsein zurückzubringen. Erschrocken blickte sie um sich, als sie bemerkte, daß sie in einem Zimmer lag. Der Arzt stand neben ihr und schaute sie freundlich an. Der Graf war nicht anwesend.

„Wo, wo bin ich nur?“ fragte Christa und fuhr matt

mit der bloßen Hand über die Decke. „Wie komme ich hierher?“

Der Doktor gab ihr in kurzen Zügen Bekheid. Bewundert hörte sie ihm zu. Dann erzählte sie hastig ihre Geschichte. Man sollte sofort nach den Verbrechen forschen.

Der Arzt entfernte sich, um den Grafen zu rufen. Inzwischen brachte ein Diener für die Erschöpfte ein kräftiges Essen und Rotwein. Eine ältere Hausdame machte ihr alles neben dem Bett zurecht.

Der Graf erschien. Mit großen Augen blickte Christa zu der imponanten Erscheinung auf. Obwohl er erst am Anfang der Vierziger war, hatte er an den Schläfen schon ergrautes Haar. Seine vornehm-aristokratische Haltung gab ihm ein besonders ehrenwürdiges Gepräge.

In liebenswürdiger Weise begrüßte er seine Schuttpflichtene. Er habe auf Grund ihres Berichtes, den ihm der Arzt mitgeteilt hatte, sofort an die Polizei telephoniert. Es werde wohl bald jemand zur Vernehmung kommen.

Christa bedankte sich herzlich. Der Doktor verabreichte ihr ein Verlaß mit dem Landrat zusammen das Schloß.

Der Graf redete sich mit Christas Erlaubnis eine Zigarette an und ließ sich ihr Erlebnis nun von ihr selbst erzählen. Dabei blickte er sie unausgesetzt nachdenklich an.

„Ihre Geschichte klingt sehr romantisch, mein liebes Fräulein,“ meinte er schließlich, „man wird der Sache natürlich bis ins einzelne nachgehen. So lange, bis für Sie wieder Papiere beschafft sind, bleiben Sie selbstverständlich mein Gast.“

„Das ist äußerst lebenswürdig, Herr Graf,“ erwiderte Christa, „ich wüßte indessen nicht, wie ich das wieder gestalten sollte.“

„O, sehr einfach!“ meinte de Jeanne, „wenn Sie erst Filmstar sind, und ich komme einmal nach Deutschland, was öfter der Fall ist, so werden Sie mir eine Freitaxe für das Kino geben.“

Christa mußte lachen. „Ja, die Mühe er haben. Aber sie wisse ja noch gar nicht, ob es mit ihr überhaupt so weit komme.“

Da er merkte, daß sie von dem vielen Sprechen erschöpft war, empfahl er sich, nicht aber, ohne sie vorher darauf aufmerksam gemacht zu haben, daß sie nur zu klingen brauche, um im nächsten Augenblick jeden ihrer Wünsche erfüllt zu sehen.

Christa blieb ruhig liegen. Es war so wohligh warm in diesem Bett nach den hartnäckigen Regennächten im Freien.



